

**Bitte beachten Sie: Es handelt sich um ein Manuskript.
Bitte zitieren Sie nur nach der gedruckten Fassung.**

Hans Rattinger und Harald Schoen

Ein Schritt vorwärts und zwei zurück? Stabiles und wechselndes Wahlverhalten bei den Bundestagswahlen 1994 bis 2005

1. Einleitung

Die rot-grüne Koalition unter Gerhard Schröder war die erste Regierung in der Bundesrepublik, deren Amtsübernahme und Ende durch ein Wählervotum herbeigeführt wurden. Sie gelangte 1998 ins Amt, weil die Wähler die christlich-liberale Mandatsmehrheit für Helmut Kohl durch eine rot-grüne Mehrheit ersetzten. Nachdem SPD und Grüne bei der Wahl 2002 die Mehrheit im Bundestag hatten behaupten können, entzogen ihr die Wähler diese bei der vorgezogenen Wahl 2005 wieder und schufen damit die Voraussetzungen für die große Koalition unter Angela Merkel. In der Abwahl zweier Regierungen in weniger als zehn Jahren – bis 1998 hatten in der Bundesrepublik ausschließlich Koalitionswechsel zu Regierungswechseln geführt – spiegeln sich erhebliche Verschiebungen in den Mehrheitsverhältnissen auf der Wählerebene wider. Sie lassen sich besonders deutlich am Abschneiden der SPD bei den Wahlen seit der Wiedervereinigung ablesen. Sie begann 1990 mit 33,5 Prozent, steigerte sich bis 1998 auf knapp 41 Prozent und büßte bis 2005 wieder rund sieben Prozentpunkte ein. Damit ist die SPD nach einem zwischenzeitlichen Höhenflug praktisch auf das Niveau von 1990 zurückgefallen.

Diese Verschiebungen in den Stimmenanteilen deuten auf erhebliche Bewegung im deutschen Elektorat hin, geben aber nicht zuverlässig Auskunft über das tatsächliche Ausmaß von Konstanz und Wandel im individuellen Wahlverhalten der Deutschen (siehe etwa Schoen 2005: 368-370). Erst recht kann eine Betrachtung aggregierter Wahlergebnisse keinen Aufschluss darüber geben, aus welchen Gründen Bürger bei (mehreren) aufeinanderfolgenden Wahlen für die gleiche oder verschiedene Parteien votierten. Um diese Fragen zu beantworten, sind Informationen über individuelles Wahlverhalten unabdingbar. Die Wahlforschung hat bereits Individualdaten verwendet, um das Verhalten bei aufeinanderfolgenden Wahlen in Deutschland zu untersuchen. Die meisten Untersuchungen beschränken sich jedoch darauf, die Entscheidungen bei zwei Wahlen zu betrachten. Sieht man einmal von Messproblemen ab, können solche Arbeiten dazu beitragen, die Wählerströme zwischen zwei Wahlen zu beschreiben, stabile und wechselnde Wähler zu charakterisieren und die Gründe für wechselndes Wahlverhalten zu erhellen (etwa Kaase

1967; Kort-Krieger 1994; Zelle 1995; Falter/Schoen 2000; Schoen/Falter 2001; Schoen 2003). Zugleich hindert der begrenzte Beobachtungszeitraum sie daran, verlässliche Aussagen darüber zu treffen, ob bestimmte Wahlberechtigte regelmäßig wechseln, einige nur gelegentlich anders entscheiden als bei früheren Wahlen und dritte stets die gleiche Entscheidung treffen (siehe etwa Allum/Mannheimer 1985: 299). Um diese und verwandte Fragen beantworten zu können, sind Daten aus mehrere Legislaturperioden umspannenden Wiederholungsbefragungen erforderlich. Solches Material liegt für verschiedene Länder, etwa Großbritannien, die Niederlande und Norwegen (siehe etwa Butler/Stokes 1974; Waldahl/Aardal 1982; van der Eijk/Niemöller 1983; Särilvik/Crewe 1983; Himmelweit et al. 1985), seit längerem vor. Für die Bundesrepublik hingegen gab es bis vor kurzem keine solchen Panel-Daten. Daher konnte erst jüngst Rattinger (2007) die erste Analyse individuellen Wahlverhaltens bei mehr als zwei aufeinanderfolgenden Bundestagswahlen durchführen.¹

An diesen Aufsatz knüpfen wir an, wenn wir im vorliegenden Beitrag das Wahlverhalten 1994 bis 2005 untersuchen. Zunächst stellen wir kurz die Datengrundlage vor, bei der es sich um eine mehrwellige Wiederholungsbefragung handelt. Anschließend beschreiben wir das Wahlverhalten der befragten Ost- und Westdeutschen. Dabei gehen wir insbesondere darauf ein, wie viele Respondenten von einer zur nächsten Wahl zwischen welchen Parteien wechselten und wie wechselfreudig die Befragten über diese vier Wahlen hinweg waren. In einem weiteren Abschnitt werden wir ausgewählte politische Einstellungen bei den daraus abgeleiteten Wählertypen untersuchen. Abschließend werden wir die zentralen Ergebnisse kurz zusammenfassen und diskutieren.

2. Die Datengrundlage

Als Datengrundlage dienen uns die Daten aus einer dreiwelligen Wiederholungsbefragung. Die Respondenten wurden vor oder nach den Bundestagswahlen 1998, 2002 (persönlich) und 2005 (telefonisch) befragt.² Um das Wahlverhalten zu messen, verwenden wir für die Wahlen 1998 bis 2005 die Aussagen der Respondenten zur sogenannten Sonntagsfrage bzw. zur Frage nach der Stimmabgabe bei der soeben abgehaltenen Bundestagswahl bei nach der Wahl befragten Personen. Im Hinblick auf die Wahl 1994 können wir leider nicht auf „in Echtzeit“ erhobene

¹ Einige Arbeiten betrachten das Wahlverhalten bei mehr als zwei Wahlen, messen dieses jedoch zu einem einzigen Zeitpunkt mit der Recallmethode, weshalb die Validität der Ergebnisse anzuzweifeln ist (siehe Dittrich 1991: 133).

² Die Befragungen 1998 und 2002 wurden im Rahmen eines von der DFG-finanzierten Projekts (Primärforscher: Jürgen W. Falter, Oscar W. Gabriel und Hans Rattinger) durchgeführt, die Erhebung 2005 wurde von der Fritz Thyssen-Stiftung gefördert (Primärforscher: Hans Rattinger).

Daten zurückgreifen, sondern müssen mit der 1998 gestellten Rückerinnerungsfrage operieren. Sie ermöglicht es uns, die Analyse auf vier Wahlen auszudehnen, bringt uns aber auch Validitätsprobleme ein. Denn die eine Legislaturperiode zurückbezogene Recallfrage ist ausgesprochen fehleranfällig. Sie geht in der Regel mit einer deutlichen Unterschätzung der Wechselhaftigkeit im Wahlverhalten einher und kann zu falschen Schlussfolgerungen über die Ursachen wechselnden Wahlverhaltens führen (etwa Waldahl/Aardal 2000; Schoen 2003). Daher ist bei der Interpretation daraus gewonnener Ergebnisse besondere Vorsicht geboten.

Bei der Auswertung der Daten berücksichtigen wir die Stimmabgabe für Parteien wie auch die Nichtwahl. Wir erfassen also nicht nur Parteiwechsler, gewissermaßen die Wechselwähler im engeren Sinn, sondern sämtliche Wählerbewegungen, sieht man einmal von demographisch bedingten Veränderungen (Erstwahl, Tod) ab (siehe etwa Faul 1960: 253; Kaase 1967: 81; Stöss 1997: 34-40). Unsere Kategorie „Nichtwähler“ umfasst nicht nur Respondenten, die ausdrücklich angaben, nicht gewählt zu haben, sondern auch Personen, die „weiß nicht“ antworteten oder aber die Antwort verweigerten. Diese Entscheidung, die bei der Interpretation der Ergebnisse zu bedenken ist, resultiert zum einen aus dem pragmatischen Bemühen, nicht unvertretbar viele Fälle zu verlieren. Zum anderen könnten einige Befragte die Antwortverweigerung oder die Weiß-nicht-Kategorie genutzt haben, um ein Bekenntnis zur als sozial unerwünscht wahrgenommenen Nichtwahl zu vermeiden.

Die vorliegenden Daten aus einer mehrwelligen Wiederholungsbefragung eröffnen neue Analysemöglichkeiten, sind aber mit auch mit spezifischen Problemen behaftet. Zum einen kann die Teilnahme an Befragungen zu Paneleffekten führen, die jedoch bei Panelintervallen von der Länge einer Legislaturperiode eher gering ausfallen dürften. Ein zweites Problem ist die Panelmortalität. Sie reduziert die Fallzahl und kann dazu führen, dass vor allem seltene Merkmalsausprägungen in der zweiten und späteren Wellen einer Wiederholungsbefragung kaum mehr sinnvoll untersucht werden können. Überdies ist die Wahrscheinlichkeit, aus dem Panel auszuscheiden, nicht unbedingt über alle Befragten hinweg gleich verteilt, sondern kann mit Befragtenmerkmalen zusammenhängen. Eine asymmetrische Panelmortalität kann daher zu Verzerrungen führen, die die Aussagekraft panelgestützter Ergebnisse beeinträchtigen kann. Empirisch konnten etliche Belege für asymmetrische Ausfälle zusammengetragen werden (etwa Sobol 1959; Groves et al. 2000). Allerdings führten diese häufig nicht zu dramatischen Verzerrungen der Befragtenstruktur (etwa Price/Zaller 1993; Bartels 1999).³ Soweit dazu Untersuchungen vorliegen, scheint der Wechsel zwischen zwei Parteien sogar überhaupt nicht mit der Panelmortalität zusammenzuhängen (vgl. Schoen 2003: 137-139). Die Panelmortalität ist somit ein ernstzunehmendes Problem, das unsere Daten und die da-

³ In dieser Richtung kann auch die relativ gute Anpassung der Parteiateile in unserer Stichprobe an die tatsächlichen Wahlergebnisse 1994 bis 2005 interpretiert werden.

rauf gestützten Analysen jedoch nicht jeglicher Aussagekraft über Wahlverhalten in Deutschland berauben sollte.⁴

3. Wählerbewegungen und Typen von Wechselwählern 1994-2005

Dieser Teil des Beitrags wertet die Antworten derjenigen Befragten aus, die sich an allen drei Erhebungen 1998, 2002 und 2005 beteiligt haben. Es handelt sich dabei um 638 Probanden, davon 443 in West- und 195 in Ostdeutschland. Wir beginnen mit der Beschreibung der Nennung von Parteien (und damit Wechsel) auf die mehrfache Frage nach der Zweitstimme. Aus Tabelle 1 geht hervor, wie viele Wechsel zwischen Parteien unsere Befragten berichten. In den ersten beiden Spalten der Tabelle sind diese Wechsel auf ausschließlich solche unmittelbar zwischen Parteien begrenzt. Hier zählt also nur als Wechsel, wenn jemand bei der ersten Wahl eine Partei wählt und bei der nächsten Wahl eine andere. Man sieht, dass solche Wechsel in Ostdeutschland deutlich häufiger sind als in Westdeutschland. Ziemlich selten kommt der extreme Fall vor, dass jedes Mal gewechselt wird. Bei vier aufeinander folgenden Wahlen liegt die Zahl der möglichen Wechsel bei drei. Dieses Maximum wird von vier bzw. sieben Prozent der west- bzw. ostdeutschen Befragten angegeben. Auch bei zweimaligem Wechsel in der Periode von 1994 bis 2005 besteht kaum ein Unterschied zwischen den beiden Landesteilen. Jeweils ungefähr ein Sechstel berichten durch ihre Angaben zum jeweiligen Wahlverhalten über zweimaligen Wechsel. Während aber ein einziger Wechsel von 30 Prozent der Westdeutschen angegeben wird, berichten 36 Prozent im Osten über ein solches Verhalten. Umgekehrt haben 52 Prozent der Westdeutschen in der untersuchten Periode nach ihren Angaben keinen Parteienwechsel vorgenommen, während das nur bei 40 Prozent der Ostdeutschen der Fall ist.

Bezieht man nun in den beiden nächsten Spalten der Tabelle 1 auch die Kategorie der Nichtwähler, fehlende Angaben und „weiß nicht“ in die Untersuchung des Wechsels ein, dann erkennt man natürlich eine deutlich höhere Wählermobilität. In Westdeutschland findet man nun zwei Drittel mit mindestens einem Wechsel der Stimmabgabe über den Untersuchungszeitraum hinweg vor, in Ostdeutschland sind es über drei Viertel. Während der Anteil derjenigen, die nur einen einzigen Wechsel aufweisen, in beiden Landesteilen etwa gleich ist (knapp 30 Prozent), ist häufigerer Wechsel der Stimmabgabe in Ostdeutschland stärker vertreten. Zwei oder drei unterschiedliche aufeinander folgende Angaben findet man bei etwas über einem Drittel der westdeutschen Befragten, aber bei 49 Prozent derjenigen aus den neuen Bundesländern.

⁴ Wir möchten uns bei Marlene Mauk und Michael Bergmann für die Durchführung zahlreicher Analysen bedanken.

Tabelle 1: Wechselwahl und Zahl der gewählten Parteien 1994-2005

Anzahl der Wechsel/ Parteien	Wechsel nur zwischen Parteien		Wechsel zwischen Parteien und NW, WN und KA		Verschiedene gewählte Parteien	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost
0	230	79	149	44	8	4
1	133	71	129	56	203	66
2	64	33	108	64	195	96
3	16	13	57	31	36	25
4	–	–	–	–	0	4
0	52	40	34	23	2	2
1	30	36	29	29	46	34
2	14	17	24	33	44	49
3	4	7	13	16	8	13
4	–	–	–	–	0	2

Die Angaben in der oberen Hälfte der Tabelle sind Absolutzahlen, die in der unteren Hälfte sind Spaltenprozente. NW: Nichtwahl; WN: „weiß nicht“; KA: Verweigerung auf die Frage nach dem Wahlverhalten.. –: Bei vier Wahlen sind maximal drei Wechsel möglich.

Ein ähnliches Bild zeichnen die beiden letzten Spalten der Tabelle 1. Dass überhaupt keine Partei als jemals gewählt berichtet wird, kommt fast überhaupt nicht vor (nur zwei Prozent). Personen, die kontinuierlich nicht wählen, zu ihrem Wahlverhalten die Angabe verweigern oder Nichtwissen angeben, gibt es praktisch nicht – zumindest nicht in einer Wiederholungsbefragung zu politischen Themen, aus der natürlich politisch völlig desinteressierte Menschen als allererste ausscheiden. Die Wahl einer einzigen Partei im Untersuchungszeitraum berichten 46 Prozent der westdeutschen und 34 Prozent der ostdeutschen Befragten. Umgekehrt sind Angaben, im Untersuchungszeitraum zwei Parteien gewählt zu haben, im Westen bei 44 Prozent der Stichprobe anzutreffen, in Ostdeutschland immerhin bei 49 Prozent. Dort berichten auch 13 Prozent, dass sie drei verschiedene Parteien gewählt haben, im Westen sind es nur acht Prozent. Und rund zwei Prozent der ostdeutschen Stichprobe nannte sogar für jede der vier Wahlen eine Zweitstimme für eine Partei, jedes Mal aber für eine andere.

In Tabelle 2 wird der Verlauf des gesamten Wahlverhaltens der Untersuchungspersonen von der Bundestagswahl 1994 bis zu derjenigen von 2005 in sechs Typen zusammengefasst. Äußerst selten sind Menschen, die bei diesen vier Wahlen nicht ein einziges Mal die Wahl einer Partei angeben (Typ 1). Es handelt sich um lediglich zwei Prozent, die kontinuierlich über diese vier Wahlen hinweg angeben, nicht zu wählen, nicht zu wissen, wen sie wählen wollen, oder die Antwort verweigern; etwas vergrößernd könnte man von Dauernichtwählern sprechen. Typ 2 ist der Stammwähler im klassischen Sinne, der bei den vier aufeinander folgenden Wahlen jedes Mal dieselbe Partei gewählt hat. In Westdeutschland ist das knapp ein

Drittel der Stichprobe, im Osten nur ein Fünftel. Allerdings ist auch der Typ 3 einer einzigen Partei treu und wählt im Untersuchungszeitraum niemals eine andere Partei. Es kommt bei diesem Typ lediglich mindestens einmal vor, dass nicht gewählt, die Antwort verweigert oder „weiß nicht“ auf die Frage nach dem Wahlverhalten geantwortet wird. Da diese Wähler, wenn sie wählen, immer nur eine einzige Partei wählen, spricht nichts dagegen, sie ebenfalls als Stammwähler, wenn auch eher als grundsätzliche, zu bezeichnen. Zusammengenommen gehören also rund 46 Prozent der Stichprobe in Westdeutschland und etwa 44 Prozent in Ostdeutschland zu den Stammwählern, die sich allerdings zum Teil auch einmal einen „Aussetzer“ genehmigen.

Tabelle 2: Klassifikation nach Wechsel bzw. Konstanz des Wahlverhaltens 1994-2005

Typ		West	Ost
1	immer NW, WN, KA	1.8	2.1
2	immer eine einzige Partei	31.8	20.5
3	Wechsel zwischen einer Partei und NW, WN, KA	14.2	13.3
4	Wechsel zwischen zwei oder mehr Parteien und NW, WN, KA	15.6	22.1
5	Wechsel zwischen nur zwei Parteien	31.8	30.3
6	Wechsel zwischen drei oder mehr Parteien	4.7	11.8

Angaben: Spaltenprozente. NW, WN und KA: wie Tabelle 1.

Erst bei den Typen 4 bis 6 haben wir es mit Wechselwählern im eigentlichen Sinne zu tun, weil sie im Untersuchungszeitraum mehr als eine Partei wählen. Zusammengenommen sind das 52 Prozent im Westen und 64 Prozent im Osten. Davon sind 37 Prozent in den alten und 42 Prozent in den neuen Bundesländern „echte“ Wechselwähler, die im Untersuchungszeitraum zwei oder mehr Parteien wählen und niemals Nichtwahl oder Verweigerung angeben. Analysiert man nur zwei aufeinander folgende Wahlen, kann man logischerweise nur den Typ 5 als Wechselwähler ausmachen. Dies ist aber unbefriedigend. Ebenso wie der Typ 3 als eine etwas „weichere“ Form des Stammwählerverhaltens mit dem Typ 2 zusammenzufassen ist, gehört auch der Typ 4, man könnte von „unechten“ Wechslern sprechen, zu den Typen 5 und 6, den Zwei- und Mehr-Parteien-Wechslern. Besonders häufig findet man unter den unechten Wechslern im Typ 4 Personen, bei denen Nichtwahl, Verweigerung oder „weiß nicht“ eine Zwischenstation des Wechsels von einer bestimmten Partei bei der vorhergehenden Wahl zur Wahl einer anderen Partei bei der übernächsten Wahl darstellen.

Wie oft innerhalb der einzelnen Typen gewechselt wird und verschiedene Parteien gewählt werden, ist in Tabelle 3 zusammengefasst. Die ersten beiden Zeilen für die Dauer-Nichtwähler sind nur der Vollständigkeit halber aufgenommen, denn

alle Werte liegen hier natürlich bei null. Echte Stammwähler (Typ 2) haben logischerweise keine Wechsel zu verzeichnen und wählen immer nur eine Partei. Dass der Wert in der ersten Spalte hier etwas unter vier liegt, ist nur auf die wenigen Personen zurückzuführen, die 1994 noch nicht wahlberechtigt waren und dann von 1998 bis 2005 immer dieselbe Partei wählten. Die zweite Teilgruppe der grundsätzlichen Stammwähler (Typ 3) wählt ebenfalls nur eine einzige Partei und wechselt nur zwischen Wahl dieser Partei und Nichtwahl etc. Abstimmung für eine Partei erfolgt in dieser Gruppe im Mittel nur in etwas mehr als zwei der untersuchten Wahlen. Bei Wählern dieses Typs findet man im Mittel 1,5 Wechsel zwischen Wahl einer Partei und Nichtwahl vor. Das bedeutet, dass diese Probanden zu zwei Dritteln lediglich einmal von der einen Partei zur Nichtwahl oder umgekehrt wechseln, während ein Drittel von ihnen zwei Wechsel zu verzeichnen hat – etwa nach dem Muster, dass erst ein oder zweimal die eine Partei gewählt wird, dann nicht gewählt wird, um anschließend wieder zu derselben Partei zurückzukehren. Dabei ist zu beachten, dass bei einer noch längerfristigeren Betrachtungsweise die Befragten des Typs 3, die zwischen einer Partei und Nichtwahl wechseln, zum Typ 4, den „unechten“ Wechslern, übergehen könnten, nämlich dann, wenn vor oder nach dem Untersuchungszeitraum auch einmal eine zweite Partei gewählt wurde oder wird.

Tabelle 3: Wahlverhalten nach Typ der Wechselwahl 1994-2005

Typ		Wahlen mit Wahl einer Partei	Zahl der Wechsel zwischen:		Zahl der verschiedenen Parteien
			nur Parteien	Parteien und NW, WN, KA	
1	West	0	0	0	0
	Ost	0	0	0	0
2	West	3.9	0	0	1.0
	Ost	3.8	0	0	1.0
3	West	2.4	0	1.5	1.0
	Ost	2.4	0	1.5	1.0
4	West	2.8	0.9	1.6	2.2
	Ost	2.7	0.9	1.5	2.1
5	West	3.9	1.4	0	2.0
	Ost	4.0	1.3	0	2.0
6	West	4.0	2.5	0	3.0
	Ost	4.0	2.5	0	3.2
Gesamt	West	3.4	0.7	0.5	1.6
	Ost	3.4	0.9	0.5	1.8

Angaben: Anzahl der Wechsel. Typ: siehe Tabelle 4. NW, WN und KA: wie Tabelle 1.

Beim Typ 4 der „unechten“ Wechsler liegt die Zahl der verschiedenen gewählten Parteien nur ganz knapp über zwei. Die meisten dieser Probanden wählen also während der Untersuchungsperiode nur zwei Parteien – und dazwischen auch einmal gar nicht. Im Mittel weisen die Angehörigen dieses Typs fast drei Wahlen mit Wahl einer Partei auf und (ebenfalls im Mittel) 2,5 Wechsel unter Einbeziehung des Wechsels von Wahl einer Partei zur Nichtwahl. Davon sind etwa zwei Drittel Wechselvorgänge von und zur Nichtwahl und nur ungefähr ein Drittel Wechsel direkt zwischen Parteien bei zwei aufeinander folgenden Wahlen. Im Mittel wechseln Angehörige des Typs 4, die „unechten“ Wechsler, nur 0,9 Mal direkt zwischen Parteien. Wer diesen Wert unter eins für unlogisch hält, sollte bedenken, dass sich hier ein häufiges Muster zeigt: Erst wird eine bestimmte Partei gewählt, danach wird nicht gewählt und dann erst bei der übernächsten Wahl eine andere Partei, so dass also kein direkter Wechsel zwischen Parteien bei zwei aufeinander folgenden Wahlen erfolgt.

Die Typen 5 und 6 der „echten“ Wechsler berichten für praktisch jede Wahl die Wahl einer bestimmten Partei. Die Angehörigen des fünften Typs wählen über die Untersuchungsperiode hinweg genau zwei verschiedene Parteien und weisen im Mittel 1,4 (bzw. 1,3) Wechsel über die vier untersuchten Wahlen auf, die nur zwischen Parteien erfolgen. Wer der Meinung ist, dieser Wert sollte genau eins sein, muss auch an „Rückwechsler“ denken. Dies bedeutet, dass also erst eine Partei gewählt wird, dann eine andere und danach wieder die erste. Solche Wechsler wählen zwar insgesamt nur zwei verschiedene Parteien, wechseln aber im Untersuchungszeitraum zweimal zwischen diesen beiden Parteien. Die Wähler des sechsten Typs schließlich wählen ganz überwiegend drei verschiedene Parteien über die vier untersuchten Wahlen hinweg. Die Wahl von vier verschiedenen Parteien kommt nur selten in Ostdeutschland vor (siehe auch Tabelle 1). Im Mittel fallen 2,5 Wechsel an. Wiederum gilt, dass diese Zahl durchaus größer als zwei sein kann, weil „Rückwechsler“ jedes Mal von Wahl zu Wahl wechseln können, ohne insgesamt mehr als drei Parteien zu wählen. Sie weisen dann drei Wechsel zwischen drei verschiedenen Parteien auf. Über alle Typen hinweg gilt, dass im Mittel in etwa 3,4 von vier Wahlen eine Partei gewählt wird und 1,6 verschiedene Parteien (1,8 im Osten) gewählt werden. Der mittlere Wähler hat über diese vier Wahlen hinweg etwas über einmal gewechselt (1,2 Mal im Westen und 1,4 Mal im Osten), wobei jedoch weniger als die Hälfte dieser Wechsel (0,5) direkt zwischen Parteien erfolgen.

Betrachten wir nun die häufigsten individuellen Wahlmuster über den Untersuchungszeitraum hinweg (ohne tabellarische Darstellung). Einbezogen werden nur Wahlmuster, die bei einem Prozent und mehr der westdeutschen und (wegen der Fallzahlen) 1,5 Prozent und mehr der ostdeutschen Teilstichprobe vorhanden sind. In Westdeutschland sind das 16 Wahlmuster, auf die knapp 48 Prozent der westdeutschen Teilstichprobe entfallen. In den neuen Bundesländern sind es insgesamt 17 Wahlmuster, die bei jeweils 1,5 Prozent der Teilstichprobe oder mehr beobachtet werden können und die zusammen knapp 43 Prozent der ostdeutschen Teil-

stichprobe ausmachen. Umgekehrt bedeutet dies, dass ein ganz erheblicher Teil der beiden Teilstichproben sich sehr breit auf recht seltene Wahlmuster verteilt, die oftmals noch nicht einmal bei drei Befragten vorkommen. Wahlmuster, die den Typen 4 und 6 aus Tabelle 2 zuzuordnen sind (im Berichtszeitraum zwei Parteien und Nichtwahl bzw. drei verschiedene Parteien oder mehr gewählt), kommen unter den häufigen Mustern nur selten vor (rund drei Prozent im Westen und sechs Prozent im Osten). Hier gibt es einfach zu viele verschiedene Möglichkeiten, und die Angehörigen der Typen 4 und 6 schöpfen diese Möglichkeiten der Kombinatorik offenbar gründlich aus. Eine irgendwie geartete Konzentration auf bestimmte Richtungen und Abfolgen des Wechsels ist bei diesen beiden Typen nicht festzustellen.

In beiden Landesteilen sind drei der vier häufigsten Muster echte Stammwähler. Diejenigen der Sozialdemokraten, der Union und der Grünen machen in Westdeutschland über 28 Prozent der Teilstichprobe aus. In Ostdeutschland stellen Stammwähler der Union, der SPD und der PDS zusammen knapp 17 Prozent der dortigen Teilstichprobe. Bei den übrigen Mustern ist in beiden Landesteilen eine Konzentration auf den Typ 5, die Zwei-Parteien-Wechsler, zu beobachten, während der Typ 3, die grundsätzlichen Stammwähler, unter den häufigen Wahlmustern ganz selten auftritt. Hier gibt es im Westen acht Wahlmuster, die zusammen zwölf Prozent der Teilstichprobe ausmachen. Alle von ihnen stehen für Wechsel zwischen Union und FDP, SPD und Grünen sowie Union und SPD. Im Osten verhält es sich ganz ähnlich. Der Typ 5 (direkte Parteienwechsler mit nur zwei gewählten Parteien) kommt unter den häufigen Wahlmustern im Osten mit sechs Mustern mit zusammen über 13 Prozent vor. Das häufigste Wahlmuster nach Typ 5, dem Wechsel zwischen zwei Parteien, ist in Westdeutschland der Wechsel von dreimaliger Wahl der Union 1994 bis 2002 zur Wahl der FDP 2005 (zwei Prozent). In Ostdeutschland ist das häufigste Wahlmuster des Typs 5, bei der ersten Wahl 1994 Union und bei den letzten drei Wahlen SPD gewählt zu haben (3,4 Prozent).

Bisher ging es in diesem Teil unseres Beitrags vorwiegend um Anteile der Wechsler und erst soeben auch um die Richtung des Wechsels. Dies soll nun vertieft werden, indem wir uns den Wechsel zwischen je zwei aufeinander folgenden Bundestagswahlen ansehen. Dabei wird in einigen der Tabellen eine weitere Differenzierung eingeführt, ob nämlich Wechsel zwischen Oppositions- und Regierungslager erfolgt oder innerhalb eines dieser beiden Lager. Grundsätzlich gilt ab hier, dass bei parteienweiser Betrachtung die rechtsextremen Parteien sowie die PDS in Westdeutschland unberücksichtigt bleiben. Dies hängt mit der geringen Fallzahl der Befragten zusammen. Wenn wir in einem bestimmten Jahr nur knapp ein Dutzend Wähler dieser Parteien haben, dann ist es nicht sehr sinnvoll zu fragen, wo sie bei der darauf folgenden Wahl geblieben sind, denn jeder einzelne wechselnde Wähler steht dann für zehn Prozent oder mehr der Ausgangsgruppe.

Zunächst sehen wir uns die besonders stark vertretenen Richtungen des Wechsels der Stimmabgabe zwischen den einzelnen Wahlen an. Die Tabellen 4 bis 6 enthalten die Übergangsmatrizen zwischen je zwei aufeinander folgenden Bundestagswahlen von 1994 bis 2005. Tabelle 4 unterscheidet sich dabei erheblich von

den beiden nachfolgenden Tabellen, weil das Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 1994 bei der Befragung von 1998 nur über die Abfrage der Rückerinnerung ermittelt werden konnte, während in den beiden Tabellen 5 und 6 das zum jeweiligen Zeitpunkt berichtete Wahlverhalten miteinander gekreuzt wird. Es ist bekannt, dass das Ausmaß des Wechselwahlverhaltens durch die Gegenüberstellung von Rückerinnerung und Wahlverhalten in einem einzigen Zeitpunkt deutlich unterschätzt wird (etwa Schoen 2003).

Tabelle 4: Übergangsmatrizen 1994-1998

1998		1994					PDS
		NW, WN, KA	CDU/ CSU	SPD	FDP	B' 90/ Grüne	
West	NW,WN, KA	62.0	10.6	11.4	10.5	16.4	
	CDU/CSU	10.0	67.1	1.5	21.1	1.8	
	SPD	22.0	11.2	72.0	21.1	16.4	
	FDP	0.0	5.9	3.0	47.4	0.0	
	B' 90/Grüne	4.0	2.4	12.1	0.0	60.0	
Ost	NW,WN, KA	60.0	10.0	10.0	14.3	0.0	0.0
	CDU/CSU	5.0	47.1	8.0	28.6	0.0	8.7
	SPD	20.0	28.6	68.0	0.0	0.0	17.4
	FDP	5.0	4.3	0.0	28.6	0.0	4.3
	B' 90/Grüne	5.0	1.4	0.0	0.0	50.0	4.3
	PDS	0.0	4.3	12.0	14.3	16.7	65.2

Angaben: Spaltenprozentage. Die Prozentangaben in den Spalten addieren sich nicht immer auf 100, weil wegen der geringen Fallzahlen Rechtsparteien und sonstige Parteien (im Westen auch die PDS) nicht in die Tabelle aufgenommen wurden. NW,WN und KA: wie Tabelle 1.

Tabelle 5: Übergangsmatrizen 1998-2002

2002		1998					PDS
		NW, WN, KA	CDU/ CSU	SPD	FDP	B' 90/ Grüne	
West	NW,WN, KA	15.8	6.1	7.6	8.3	9.5	
	CDU/CSU	26.3	68.7	12.5	58.3	3.2	
	SPD	36.8	12.2	64.6	8.3	27.0	
	FDP	7.9	9.9	8.3	20.8	4.8	
	B' 90/Grüne	7.9	1.5	5.6	4.2	55.6	
Ost	NW,WN, KA	24.0	14.3	11.5	14.3	16.7	8.0
	CDU/CSU	16.0	50.0	21.3	28.6	16.7	4.0
	SPD	44.0	16.7	57.4	28.6	50.0	28.0

FDP	4.0	4.8	1.6	28.6	0.0	12.0
B' 90/Grüne	8.0	7.1	1.6	0.0	16.7	8.0
PDS	4.0	4.8	4.9	0.0	0.0	40.0

Angaben: Spaltenprozent. Die Prozentangaben in den Spalten addieren sich nicht immer auf 100, weil wegen der geringen Fallzahlen Rechtsparteien und sonstige Parteien (im Westen auch die PDS) nicht in die Tabelle aufgenommen wurden. NW, WN und KA: wie Tabelle 1.

Tabelle 6: Übergangsmatrizen 2002-2005

2005		2002					PDS
		NW, WN, KA	CDU/ CSU	SPD	FDP	B' 90/ Grüne	
West	NW, WN, KA	39.0	4.8	12.3	2.3	11.3	
	CDU/CSU	17.1	72.4	8.4	39.5	5.7	
	SPD	26.8	4.1	61.7	11.6	11.3	
	FDP	9.8	15.2	3.9	37.2	1.9	
	B' 90/Grüne	4.9	2.1	8.4	4.7	67.9	
Ost	NW, WN, KA	44.4	14.6	14.3	25.0	7.1	13.3
	CDU/CSU	22.2	54.2	6.5	50.0	21.4	13.3
	SPD	14.8	4.2	57.1	12.5	0.0	6.7
	FDP	0.0	14.6	0.0	12.5	0.0	0.0
	B' 90/Grüne	3.7	0.0	3.9	0.0	57.1	0.0
	PDS	11.1	8.3	18.2	0.0	14.3	66.7

Angaben: Spaltenprozent. Die Prozentangaben in den Spalten addieren sich nicht immer auf 100, weil wegen der geringen Fallzahlen Rechtsparteien und sonstige Parteien (im Westen auch die PDS) nicht in die Tabelle aufgenommen wurden. NW, WN und KA: wie Tabelle 1.

Von den insgesamt 61 Zellen in der Tabelle 4 liegen elf auf der Hauptdiagonalen, so dass 50 Zellen verbleiben, die einen Wechsel repräsentieren. Wenn wir als Grenze für eine „starke“ Wählerbewegung betrachten, wenn 15 Prozent oder mehr der Wähler einer Partei bei der ersten Wahl bei der darauf folgenden Wahl ein anderes Wahlverhalten berichten, dann finden wir in Tabelle 4 zehn solche Einträge von 15 oder mehr Prozent, davon jeweils fünf in West- und Ostdeutschland. Die prozentual stärksten Wechsel sieht man weg von den kleineren Parteien FDP und Bündnis 90/Die Grünen (sowie der PDS im Osten). Die Grünen im Westen haben zwischen 1994 und 1998 an die SPD abgegeben, die PDS im Osten ebenso. Von der FDP haben in beiden Landesteilen beträchtliche Anteile zur Union gewechselt, in Westdeutschland auch zur SPD. Auffällig stark sind ferner die Gewinne der SPD von den ehemaligen Nichtwählern so wie von der Union im Osten.

Von den jeweils 50 Zellen, die nicht auf der Hauptdiagonalen liegen, haben in Tabelle 5 14 (davon vier in Westdeutschland und zehn in Ostdeutschland) einen Wert von 15 oder mehr Prozent, in Tabelle 6 sind es neun (davon vier in West-

deutschland und fünf in Ostdeutschland). In diesen Tabellen für 1998 bis 2005 erkennt man, dass hohe Anteile des Wechsels in Ostdeutschland noch eher vorkommen als in den alten Bundesländern. Aus Tabelle 5 geht hervor, dass zwischen 1998 und 2002 besonders starke Wählerbewegungen von denjenigen, die 1998 keine Stimmabgabe berichteten, zur SPD stattfanden und (etwas schwächer) auch zu den Unionsparteien. Zwischen den beiden großen Parteien fand im Osten ein relativ deutlicher Wechsel statt – und zwar stärker in der Richtung von der SPD zur Union als umgekehrt. Die FDP hat in beiden Landesteilen stark an die Union abgegeben, für die Grünen war das zur SPD der Fall, die im Osten auch ehemalige Wähler der PDS an sich binden konnte.

Zwischen 2002 und 2005 (Tabelle 6) erkennt man besonders starken Wechsel in beiden Landesteilen wiederum von den Nichtwählern 2002 zu einer Wahl der Union 2005. Eine starke Wanderung zwischen Union und SPD gab es zwischen diesen beiden Wahlen in keiner Richtung. In beiden Landesteilen orientierten sich viele ehemalige FDP-Wähler zur Union um - im Osten auch umgekehrt sowie von den Grünen zur SPD. Schließlich gab die SPD im Osten viele Wähler an die PDS ab, während die umgekehrte Richtung des Wechsels deutlich schwächer war als im Vergleich zwischen 1998 und 2002 und zwischen 1994 und 1998.

Tabelle 7: Übergangsmatrizen 1994-2005 für Regierung und Opposition

			NW, WN, KA	Regierung	Opposition
NW, WN, KA	1994-1998	West	60.8	10.6	13.1
		Ost	66.7	10.8	6.2
	1998-2002	West	15.8	8.2	6.5
		Ost	24.0	11.8	12.7
	2002-2005	West	40.0	12.1	4.6
		Ost	42.9	12.1	14.5
Regierung	1994-1998	West	11.8	72.5	4.2
		Ost	5.6	52.7	8.6
	1998-2002	West	46.1	73.9	13.1
		Ost	56.0	60.3	31.6
	2002-2005	West	32.5	72.5	8.1
		Ost	21.4	60.4	6.6
Opposition	1994-1998	West	27.5	16.9	82.7
		Ost	27.8	36.5	85.2
	1998-2002	West	38.2	17.9	80.4
		Ost	20.0	27.9	55.7
	2002-2005	West	27.5	15.5	87.3
		Ost	35.7	27.5	78.9

Angaben: Spaltenprocente. 1994 und 1998 bezeichnet „Regierung“ die Parteien der damaligen Koalition, beim Vergleich zwischen 1998 und 2002 bzw. zwischen 2002 und 2005 diejenigen der rot-grünen Koalition. „Opposition“ steht jeweils für alle anderen Parteien. NW, WN, KA: wie Tabelle 1.

In Tabelle 7 sind diese drei Übergangsmatrizen der Wahljahre 1994 bis 2005 nochmals in verdichteter Form wiedergegeben, nämlich bei Zusammenfassung der jeweiligen Regierungs- bzw. Oppositionsparteien. Man erkennt auf den ersten Blick, dass bei dieser Betrachtungsweise die Stabilität des Wahlverhaltens zwischen zwei aufeinander folgenden Wahlen deutlich stärker erscheint, denn die Werte auf der Hauptdiagonalen sind spürbar höher als bei den einzelnen Parteien in den Tabellen 4 bis 6. Dies liegt an der beträchtlichen Zahl von Wechsels innerhalb der Lager, die auch schon in den hohen Anteilen des Wechsels zwischen FDP und Union und zwischen Grünen und Sozialdemokraten in den Tabellen 4 bis 6 ihren Niederschlag fanden. Ebenso sieht man sofort, dass der Verbleib innerhalb des Regierungs- oder des Oppositionslagers wesentlich wahrscheinlicher ist als der Verbleib bei Nichtwahl oder Unentschlossenheit. Insgesamt sind die Werte auf der Hauptdiagonalen links oben die niedrigsten, es folgen diejenigen für die Stabilität des Verbleibs im Regierungslager, und am höchsten sind insgesamt die Stabilitätswerte für den Verbleib im Oppositionslager (rechts unten).

Was den Wechsel zwischen Regierung und Opposition anbelangt, so geht aus Tabelle 7 recht schön hervor, dass es die Wechselwähler waren, die erst zum Machtwechsel 1998 beigetragen haben und dann schon bei der nächsten Bundestagswahl 2002 die rot-grüne Regierung in große Gefahr brachten. Von den Wählern der schwarz-gelben Bundesregierung im Jahr 1994 gaben 1998 17 Prozent im Westen und 36 Prozent im Osten ihre Stimme für Oppositionsparteien ab und verhalfen damit Rot-Grün zum Sieg. Von den Wählern der rot-grünen Regierung 1998 wählten 2002 18 Prozent im Westen und 28 Prozent in Ostdeutschland nun 2002 eine Oppositionspartei. Nur weil es umgekehrte Wählerströme von 13 bzw. 32 Prozentpunkten gab, kam die Regierung nochmals über die Runden. Diese gab es zwischen 2002 und 2005 in solcher Größenordnung nicht, während sich erneut 16 bzw. 28 Prozent der ehemaligen Regierungswähler zur Opposition umorientierten.

Tabelle 7 lässt sich ebenfalls entnehmen (was wir auch schon früher gesehen haben), dass die Stabilität des Wahlverhaltens in Ostdeutschland (noch) deutlich geringer ist als im Westen. Um diesen Befund zu substantiieren, haben wir in Tabelle 8 die Anteile der Probanden auf der Hauptdiagonalen für die Wahlpaare von 1994 bis 2005 aufgeführt, und zwar für alte und neue Bundesländer, für Übergangsmatrizen mit oder ohne Nichtwähler und Personen ohne Angabe einer Wahlpräferenz und schließlich für Übergangsmatrizen, die nur Regierungs- und Oppositionslager oder aber die einzelnen Parteien enthalten. Diese Tabelle erlaubt es, Stabilität bzw. Wechsel in einer einzigen Zahl für jede dieser Kombinationen festzuhalten. Der Reihe nach erhält man für diese Unterscheidungen die folgenden Ergebnisse: Für das Wahlpaar 1994 und 1998 wird deutlich höhere Stabilität ermittelt als für die zwei folgenden Wahlpaare, was mit der Erhebungsmethode für 1994

zusammenhängt. Der Mittelwert der acht Stabilitätsangaben für dieses Wahlpaar in Tabelle 8 beträgt 70 Prozent, über die beiden folgenden Wahlpaare hinweg nur 65 Prozent. Bezieht man die Nichtwähler und die Personen ohne Angabe einer Parteipräferenz ein, dann stellt sich die Stabilität deutlich geringer dar, nämlich im Mittel über alle entsprechenden Werte der Tabelle 8 nur mit 62 Prozent – gegenüber 72 Prozent, wenn die Nichtwähler und Personen ohne Angabe ausgeschlossen werden. Vergleicht man die Fluktuation zwischen einzelnen Parteien, sieht die Wählerwelt instabiler aus als wenn man nur zwischen Regierungs- und Oppositionslager differenziert. Der erstere Mittelwert über die ganze Tabelle hinweg ist 60 Prozent, der letztere 73 Prozent. Die Werte für Ostdeutschland liegen schließlich mit im Mittel 61 Prozent deutlich niedriger als für Westdeutschland mit 72 Prozent. Lässt man das Wahlpaar aus 1994 und 1998 wegen der andersartigen Methode der Erhebung außer Acht, dann findet man dementsprechend die niedrigste Stabilität vor, wenn man sich in Ostdeutschland auf die einzelnen Parteien unter Einschluss der Nichtwähler etc. konzentriert. Umgekehrt findet man die höchsten Werte in Westdeutschland für die beiden Lager bei Vernachlässigung der Nichtwähler und der Personen ohne Angabe einer Wahlabsicht; bei dieser Betrachtungsweise beträgt die Stabilität stattdessen 83 beziehungsweise 87 Prozent.

Tabelle 8: Anteil gleicher Stimmabgabe beim Vergleich je zweier aufeinander folgender Wahlen

		nach Parteien		nach Regierung/Opposition	
		West	Ost	West	Ost
1994-1998	inkl. NW, WN, KA	65.6	56.9	71.0	67.0
	ohne NW, WN, KA	75.1	60.8	88.3	76.1
1998-2002	inkl. NW, WN, KA	52.9	44.2	64.9	51.4
	ohne NW, WN, KA	65.4	53.9	83.0	65.6
2002-2005	inkl. NW, WN, KA	61.9	52.3	76.3	65.3
	ohne NW, WN, KA	69.9	61.8	87.0	79.9

Angaben: in Prozent. 1994 und 1998 bezeichnet „Regierung“ die Parteien der damaligen Koalition, beim Vergleich zwischen 1998 und 2002 bzw. zwischen 2002 und 2005 diejenigen der rot-grünen Koalition. „Opposition“ steht jeweils für alle anderen Parteien. NW, WN und KA: wie Tabelle 1.

In Tabelle 9 sind schließlich die zuvor präsentierten Übergangsmatrizen nicht nach dem Ausmaß der Stabilität zusammengefasst, sondern nach der Richtung der Veränderungen. Es werden hier zehn Arten von Wählern unterschieden. Diese Typen sind jedoch, anders als in Tabelle 2, nicht über das Gesamtmuster des Wahlverhaltens von 1994 bis 2005 definiert, sondern jeweils nur für ein einzelnes Wahlpaar. Die Typen 1 bis 3 sind nur der Vollständigkeit halber aufgeführt. Sie kommen in den Übergangsmatrizen gar nicht vor, weil sie höchstens einmal in einem

bestimmten Wahlpaar wahlberechtigt sind. Deshalb addieren sich nur die Anteile der Typen 4 bis 10, die jeweils bei beiden Wahlen wahlberechtigt waren, auf 100.

Der vierte Typ, der bei zwei aufeinander folgenden Wahlen nicht zur Wahl geht, taucht deutlich häufiger auf als in Tabelle 2, weil hier nur jeweils zwei aufeinander folgende Wahlen berücksichtigt werden. Vernachlässigt man das Wahlpaar 1994 und 1998, weil 1994 aufgrund der Rückerinnerung ermittelt wird, dann gehören dem Typ 4 in beiden Landesteilen etwa fünf Prozent der Probanden und weniger an. Der fünfte Typ ist mit ungefähr zehn Prozent vertreten und kommt beim letzten Wahlpaar seltener vor als zwischen 1998 und 2002. Es handelt sich um Menschen, die bei der ersten Wahl nicht gewählt haben (oder keine Angabe dazu machten) und bei der zweiten Wahl eine Partei nennen. Der sechste Typ legt ein genau umgekehrtes Muster an den Tag. Es handelt sich ebenfalls um ungefähr (im Westen knapp) zehn Prozent der Stichproben. Diese Form des Wechsels kommt im Osten etwas häufiger vor als im Westen.

Tabelle 9: Typen von Konstanz und Wechsel des Wahlverhaltens beim Vergleich je zweier aufeinander folgender Wahlen

Typ	1994-1998		1998-2002		2002-2005	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost
1 zweimal nicht wahlberechtigt	2.2	2.2	–	–	–	–
2 Erst-Nichtwähler (2. Wahl)	0.0	0.6	0.4	0.0	–	–
3 Erstwähler (2. Wahl)	4.1	0.6	1.7	2.3	–	–
4 Konstant NW, WN, KA	7.2	7.0	2.7	3.5	3.6	6.1
5 NW, WN, KA → Wähler	4.6	4.0	14.2	11.1	5.4	8.2
6 Wähler → NW, WN, KA	10.5	7.0	6.2	10.5	7.4	11.7
7 gleiche Partei gewählt	58.2	49.9	50.3	40.3	58.2	45.4
8 Wechsler innerhalb Regierung bzw. Opposition	10.2	12.6	13.5	8.8	14.4	13.3
9 Wechsler Regierung → Opposition	7.5	15.5	8.2	11.2	7.2	12.8
10 Wechsler Opposition → Regierung	1.8	4.0	4.9	14.6	3.6	2.6

Angaben: Spaltenprozentage. Die Prozentzahlen der Zeilen 4 bis 10 addieren sich auf 100, weil die Typen 1 bis 3 logischerweise später nicht mehr vorkommen können. 1994 und 1998 bezeichnet „Regierung“ die Parteien der damaligen Koalition, beim Vergleich zwischen 1998 und 2002 bzw. zwischen 2002 und 2005 diejenigen der rot-grünen Koalition. „Opposition“ steht jeweils für alle anderen Parteien. NW, WN und KA: wie Tabelle 1.

Der siebte Typ ist bei Betrachtung von nur zwei aufeinander folgenden Wahlen der Stammwähler. Diese sind in Ostdeutschland deutlich seltener vertreten als in Westdeutschland, wo es zwischen 50 und knapp 60 Prozent der Befragten sind. Der Typ 8 gibt zu beiden Zeitpunkten eine Wahlentscheidung an, jedoch eine unterschiedliche, die aber im jeweiligen politischen Lager (Regierung oder Oppositi-

on) verbleibt. Auch hier sind etwa zehn Prozent der Stichproben und darüber anzutreffen. Die beiden letzten Typen 9 und 10 sind Wechsler, welche die Lagergrenzen überschreiten. Typ 9 begibt sich von der Regierung zur Opposition; dies waren von 1998 bis 2005 in Westdeutschland etwas unter und in Ostdeutschland etwas über zehn Prozent der Probanden. Der Typ 10 schließlich wandert in umgekehrter Richtung und umfasst weniger als fünf Prozent der Stichproben, nur zwischen 1998 und 2002 kommt er in Ostdeutschland in mehr als zehn Prozent der Fälle vor. Diese Zahlen zeigen deutlich, dass beim Vergleich je nur zweier Wahlen die konstanten Typen (4 und 7) häufiger vorkommen als in den gesamten Paneldaten – und dafür die Wechsler entsprechend seltener.

Zusammenfassen können wir die wichtigsten Ergebnisse dieses Teils unseres Beitrags wie folgt: Sie belegen eine erhebliche elektorale Instabilität bei Bundestagswahlen. Damit stehen unsere Befunde in Einklang mit Analysen die für die Bundesrepublik seit der Wiedervereinigung von Wahl zu Wahl, aber auch innerhalb von Wahlkampfphasen eine beträchtliche Zahl von Wechseln nachgewiesen haben (z.B. Gabriel 2000; Weißels 2007). Zudem sind Wechselwähler im Untersuchungszeitraum in Ostdeutschland noch häufiger anzutreffen als in Westdeutschland - und das gilt besonders auch für diejenigen Personen, die zwischen Regierungs- und Oppositionslager wechseln. Damit bestätigt unsere Analyse vorliegende Befunde (z.B. Schoen/Falter 2001; Schoen/Abold 2006). Wie hoch das Ausmaß des Wechsels insgesamt ist, hängt sehr stark von der Betrachtungsweise ab. Beschränkt man sich auf ein Paar von aufeinander folgenden Wahlen und ignoriert die Nichtwähler, dann erhält man ein Bild relativ hoher Stabilität des Wählerverhaltens in Deutschland. Bezieht man dagegen auch den Wechsel von und zur Nichtwahl mit ein und verfolgt eine langfristige Betrachtungsweise, dann erkennt man, dass Stammwähler in der Bundesrepublik längst in der Minderheit sind. Zugleich unterstreichen sie, wie wichtig es ist, in der Forschung über Wechselwahl eine längerfristige Perspektive einzunehmen und auch die Wahlenthaltung als eine der verfügbaren Optionen miteinzubeziehen (Stöss 1997). Bei Vernachlässigung dieser beiden Aspekte wird man der Dynamik des Wechselwahlverhaltens nur unzureichend gerecht. Analysen der Wechselwahl erfordern deshalb zwingend langfristige Wiederholungsbefragungen mit mindestens drei Erhebungszeitpunkten (siehe z.B. van der Eijk/Niemöller 1983; Himmelweit et al. 1985).

Vergleicht man die hier berichteten Ergebnisse mit denjenigen auf Grund eines Drei-Wellen-Panels von 1994 bis 2002 (Rattinger 2007), dann erkennt man zweierlei. Zum einen ist in der hier untersuchten Wiederholungsbefragung von 1998 bis 2005 der Anfall von Parteiwechslern noch etwas größer geworden. Spiegelbildlich findet man in dieser neueren Panel-Studie noch etwas weniger konstantes Wahlverhalten und noch etwas weniger Stammwähler vor. Zum zweiten sind die Wanderungen der Wechsler über die einzelnen Legislaturperioden seit der deutschen Wiedervereinigung deutlich unterschiedlich. Die häufigsten Muster des Wechsels zwischen 2002 und 2005 waren ganz andere als zwischen 1998 und 2002 usw. Die jeweils vorgefundenen stärkeren Ströme der Wechselwahl entsprechen in sinnvol-

ler Weise den jeweils eingetretenen Wahlergebnissen. Dies gilt auch für die Nichtwähler, denn es lässt sich systematisch feststellen, dass diejenige Volkspartei, die bei einer Wahl einen Aufschwung erlebt, weniger an die Nichtwähler abgeben muss und mehr Zulauf aus diesem Lager erhält als die jeweilige Hauptkonkurrentin. Auch dies unterstreicht nochmals die Notwendigkeit, die Nichtwahl bei der Analyse von Wechselwahl explizit zu berücksichtigen, denn Wechselwahl bedeutet in vielen Fällen nicht den direkten Wechsel zwischen zwei Parteien bei zwei aufeinander folgenden Wahlen.

4. Politische Einstellungen und Wählerbewegungen 1994-2005

Politische Einstellungen leisten einen wesentlichen Beitrag zur Erklärung von Wahlverhalten. Der empirisch sehr gut bewährte sozialpsychologische Ansatz der Michigan-Schule führt die Wahlentscheidung auf eine Kombination von kurzfristig variablen Einstellungen zu politischen Sachfragen und Kandidaten einerseits sowie langfristig stabile Prädispositionen wie Parteibindungen und Wertorientierungen andererseits zurück (Campbell et al. 1960; Miller/Shanks 1996). Legt man dieses Modell zugrunde, lassen sich stabiles und verändertes Wahlverhalten durch das Auftreten bzw. Ausbleiben von Veränderungen in der Einstellungskonstellation von der einen zur nächsten Wahl erklären (etwa Key 1966; Butler/Stokes 1969; Schoen 2003). Bleibt die Einstellungskonstellation konstant, sollte sich eine Person bei einer Wahl genauso entscheiden wie beim vorangegangenen Urnengang. Tritt eine Veränderung auf, liegt hingegen ein Impuls vor, eine andere Entscheidung zu treffen. Für vormalige Wähler kann das bedeuten, zu einer anderen Partei oder aber zur Nichtwahl zu wechseln, für vormalige Nichtwähler hingegen die Entscheidung für eine Partei. Impulse für einen Wechsel können aus einer veränderten relativen Einflussstärke der verschiedenen Einstellungen sowie aus veränderten Bewertungen auf diesen Dimensionen resultieren.

Dieses komplexe Modell können wir hier nicht empirisch prüfen. Unser Ziel ist es vielmehr, neun Wählertypen auf die Ausprägung ausgewählter politischer Einstellungen hin zu untersuchen. Die Wählertypen ergeben sich, wenn man die Entscheidung für eine Regierungspartei, eine Oppositionspartei (alle anderen Parteien) oder die Nichtwahl bei zwei Wahlen kreuzt (siehe Tabelle 7). Als Einstellungen betrachten wir die Zufriedenheit mit der Arbeit der Bundesregierung, die Haltung zu den Kanzlerkandidaten sowie die Kompetenzzuschreibung an politische Parteien. Das eingangs skizzierte Erklärungsmodell legt dabei verschiedene Erwartungen nahe. Stammwähler von Regierungsparteien sollten deren Leistung, Kompetenz und Personalangebot vorteilhaft bewerten, während sie die Personal- und Policy-Angebote der Opposition kritisch beurteilen sollten. Wechselt eine Person von einer Regierungs- zu einer Oppositionspartei, sollte sich ihre relative Bewertung

beider Seiten zugunsten der Oppositionsseite verschoben haben, im idealtypischen Fall sogar so stark, dass sie letztere zum Zeitpunkt der zweiten Wahl besser bewertet als erstere. Wechsler von der Regierung in das Nichtwählerlager sollten die Regierung schlechter bewerten als früher, aber nicht unbedingt schlechter als die Oppositionsseite. Für Stammwähler von Oppositionsparteien sowie Wahlberechtigte, die von Oppositionsparteien wegwechseln, gilt Spiegelbildliches.⁵

Ehe wir die Ergebnisse vorstellen, wollen wir noch kurz darauf eingehen, welche Schlussfolgerungen sie gestatten. Wenn die empirische Evidenz mit den Erwartungen in Einklang stehen sollte, können wir nicht folgern, dass die Befragten ihre (Wechsel-)Wahlentscheidung wegen der jeweiligen Einstellung trafen. Vielmehr können wir schließen, dass sie nicht gegen diese entschieden. Soweit die erwarteten Muster empirisch nicht nachgewiesen werden können, ist dies als Indiz dafür zu werten, dass die betreffenden Bewertungsdimensionen für die Wahlentscheidung durchweg von nachrangiger Bedeutung waren oder sich deren Gewichtung über die Zeit änderte. Für die praktische Bedeutung dieser Argumente sprechen Befunde, die auf die begrenzte Wirkung der hier betrachteten Einstellungen auf (Wechsel-)Wahlverhalten sowie auf Verschiebungen der Einflussgewichte im Untersuchungszeitraum hinweisen (etwa Gabriel 2000; Schoen/Falter 2003; Schoen 2003; Kellermann/Rattinger 2005; Weßels 2007; siehe auch Neller/Thaidigsmann 2004, 2007). Insgesamt können wir über die Beweggründe der Wahlberechtigten also vorwiegend negative Schlüsse ableiten.

Wir beginnen unsere Analyse mit den Einstellungen zu den Kanzlerkandidaten. Wie Tabelle 10 zeigt, wurden Wechselentscheidungen häufig von geänderten Kandidatenbewertungen begleitet. Zwischen 1998 und 2002 sowie (schwächer) zwischen 2002 und 2005 verbesserte sich bei den Wechslern von Oppositions- zu Regierungsparteien die relative Bewertung Gerhard Schröders im Vergleich zu seinen Unionsherausforderern. Bei den Wechslern in die entgegengesetzte Richtung musste Schröder relative Ansehensverluste hinnehmen, auch wenn diese häufig weit weniger deutlich ausfielen als seine Gewinne bei den Wechslern zu den Regierungsparteien. Schröders deutlicher relativer Ansehensgewinn zwischen 1998 und 2002 resultierte daraus, dass Wechsler zur Regierung Schröder besser und dessen Herausforderer schlechter als bei der vorangegangenen Wahl beurteilten. Sofern in den anderen Fällen deutliche relative Veränderungen zu beobachten sind, beruhen sie vor allem auf einem deutlichen Impuls in eine Richtung. Für die Wechsler hin zur Nichtwahl, ob von einer Regierungs- oder einer Oppositionspar-

⁵ Als eine Komplikation ist die politische Heterogenität der Kategorie „Opposition“ zu bedenken. Neben Wählern von SPD und Grünen bzw. CDU/CSU und FDP fallen auch Wähler anderer Parteien in diese Kategorie. Quantitativ am bedeutsamsten sind dabei die Wähler von PDS/Linkspartei in Ostdeutschland. Sie unterscheiden sich von den Wählern anderer Oppositionsparteien, vor allem aber von CDU/CSU- und FDP-Wählern in politischen Prädispositionen und Einstellungen. Daher könnten gerade in den Phasen mit einer rot-grünen Regierung für Oppositions(wechsel)wähler eher kontraintuitive Befunde resultieren. So könnten PDS-Wähler 2002 Gerhard Schröder Edmund Stoiber vorgezogen, aber nicht für die rot-grüne Regierung votiert haben.

tei, ist kein typisches Muster zu erkennen; eher ähneln die Befunde in einigen Fällen den Ergebnissen zu den Wechslern zwischen Regierung und Opposition.

Bei den in Tabelle 11 und 12 dargestellten Kandidatenbewertungen am Ende der jeweiligen Legislaturperiode fallen klare Unterschiede zwischen den Stammwählern von Regierungs- und Oppositionsparteien auf. So bewerteten Wiederwähler der rot-grünen Koalition Gerhard Schröder 2002 und 2005 ausgesprochen positiv, während speziell Edmund Stoiber sehr schlechte Noten von ihnen erhielt. Er, wie auch Helmut Kohl und Angela Merkel, schnitt dagegen bei den Stammwählern der Regierungsparteien (1998) bzw. der Oppositionsparteien (2002 und 2005) relativ gut ab. Die Diskrepanz zwischen west- und ostdeutschen Befunden in dieser Gruppe bei den Wahlen 2002 und 2005 ist vor allem darauf zurückzuführen, dass unter den ostdeutschen Oppositionsstammwählern einige regelmäßige PDS/Linksparteiwähler zu finden sind, die einem Unionskandidaten wenig abgewinnen können.

Tabelle 10: Veränderung der Bewertungen der Kanzlerkandidaten von SPD und CDU/CSU^a nach Wählertypen

Typ	1998-2002				2002-2005			
	Kandidat der ...		Kandidat der ...		Kandidat der ...		Kandidat der ...	
	SPD	CDU/CSU	SPD	CDU/CSU	SPD	CDU/CSU	SPD	CDU/CSU
NW,WN,KA → NW,WN,KA	-0.04	-0.17	0.10	0.07	0.06	0.08	-0.07	0.20
NW,WN,KA → Regierung	0.17	0.23	-0.02	-0.21	0.18	0.06	0.01	0.47
NW,WN,KA → Opposition	-0.07	0.17	0.10	0.02	-0.03	0.05	0.09	-0.05
Regierung → NW,WN,KA	-0.17	-0.24	-0.05	0.16	-0.09	-0.11	0.11	0.06
Regierung → Regierung	0.05	0.05	-0.11	-0.11	0.00	-0.02	0.09	0.20
Regierung → Opposition	-0.23	0.02	-0.00	0.21	-0.25	-0.07	0.19	0.21
Opposition → NW,WN,KA	-0.01	0.06	0.04	-0.37	0.10	-0.12	-0.02	0.04
Opposition → Regierung	0.32	0.15	-0.50	-0.27	0.22	0.10	-0.06	-0.01
Opposition → Opposition	0.00	0.00	0.01	-0.10	-0.03	0.00	0.01	0.06
Gesamt	0.01	0.05	-0.05	-0.10	-0.01	-0.02	0.05	0.13
N	438	167	444	168	434	184	435	185

Angaben: Gruppenmittelwerte; ^a Wertebereich: -1 (sehr stark verschlechterte Bewertung) bis +1 (sehr stark verbesserte Bewertung). Siehe zu den Wählertypen Tabelle 8.

Die Kandidatenbewertungen zeigen darüber hinaus, dass die oben beschriebenen Veränderungen des relativen Ansehens der Kanzlerkandidaten bei den Wechslern zwischen Regierung und Opposition häufig, aber nicht immer dazu führten, dass Regierungswähler (bei der zweiten Wahl) den Kanzler seinem Herausforderer vorzogen und umgekehrt. Gerhard Schröder konnte 2002 und 2005 bei den Wählern, die von der Opposition zu SPD oder Grünen wechselten, stets einen großen Ansehensvorsprung verbuchen. Dagegen konnte Helmut Kohl 1998 unter den

westdeutschen Wählern, die von der Opposition zu Union oder FDP wechselten, seinen Herausforderer nicht distanzieren. Allerdings sind diese Befunde wegen der Recall-Messung für 1994 mit einer gewissen Skepsis zu betrachten (siehe zum Beitrag von Kandidatenorientierungen zum Regierungswechsel 1998 Gabriel 2000; Schoen/Falter 2001). Aber auch die Wähler, die 2002 von der rot-grünen Regierung zu einer Oppositionspartei wechselten, weisen ein atypisches Einstellungsprofil auf, da sie Schröder und Stoiber praktisch gleich gut bewerteten. Im Falle der ostdeutschen Respondenten mag dies zu einem Teil auf die bereits erwähnte Heterogenität der Oppositionskategorie zurückzuführen sein. Bei den westdeutschen Befragten verfängt dieser methodische Einwand nicht. Daher könnte man die Befunde als Indiz dafür deuten, dass die gewachsene Abneigung gegen Gerhard Schröder als Impuls für eine Wechselentscheidung genügte. Da diese Einstellungsänderung nicht sehr groß ist, könnte man aber auch vermuten, dass Kandidatenorientierungen für diese Wechselwähler nicht ausschlaggebend waren. Anders und mit Blick auf die negativen Stoiber-Urteile dieser westdeutschen Wechsler formuliert, scheinen etliche Wähler 2002 nicht wegen, sondern trotz des damaligen bayerischen Ministerpräsidenten eine Oppositionspartei anstelle von SPD oder Grünen gewählt zu haben.

Tabelle 11: Bewertung des SPD-Kanzlerkandidaten^a nach Wählertypen

Typ	1998		2002		2005	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost
NW,WN,KA → NW,WN,KA	0.13	0.03	0.08	-0.37	0.07	0.00
NW,WN,KA → Regierung	0.17	-0.60	0.53	0.59	0.53	0.41
NW,WN,KA → Opposition	0.37	0.05	-0.08	0.37	-0.06	-0.12
Regierung → NW,WN,KA	0.08	0.22	0.06	-0.17	0.18	0.39
Regierung → Regierung	-0.17	-0.08	0.52	0.60	0.58	0.53
Regierung → Opposition	0.30	0.34	-0.00	0.23	0.00	0.38
Opposition → NW,WN,KA	0.20	0.21	0.00	0.11	0.29	-0.00
Opposition → Regierung	-0.03	0.11	0.75	0.54	0.51	0.44
Opposition → Opposition	0.43	0.31	-0.16	-0.08	-0.18	-0.04
Gesamt	0.17	0.18	0.20	0.27	0.18	0.23
N	424	172	450	169	436	188

Angaben: Gruppenmittelwerte ^a Wertebereich: -1 (sehr negativ) bis +1 (sehr positiv). Siehe zu den Wählertypen Tabelle 8.

Tabelle 12: Bewertung des CDU/CSU-Kanzlerkandidaten^a nach Wählertypen

Typ	1998		2002		2005	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost
NW,WN,KA → NW,WN,KA	0.00	-0.29	0.25	-0.15	0.05	-0.07

NW,WN,KA → Regierung	0.37	-0.03	-0.07	-0.69	-0.32	0.34
NW,WN,KA → Opposition	-0.30	-0.21	0.27	-0.14	0.41	0.10
Regierung → NW,WN,KA	0.31	-0.27	-0.41	-0.01	-0.12	-0.18
Regierung → Regierung	0.53	0.59	-0.43	-0.40	-0.28	-0.05
Regierung → Opposition	0.19	-0.07	-0.07	0.19	0.18	0.10
Opposition → NW,WN,KA	-0.16	-0.51	0.18	-0.46	0.20	0.03
Opposition → Regierung	-0.04	0.41	-0.61	-0.29	0.05	0.02
Opposition → Opposition	-0.24	-0.28	0.51	0.01	0.41	0.24
Gesamt	0.10	-0.02	-0.02	-0.21	0.08	0.08
N	424	172	450	169	436	188

Angaben: Gruppenmittelwerte; ^a Wertebereich: -1 (sehr negativ) bis +1 (sehr positiv). Siehe zu den Wählertypen Tabelle 8.

Gehen wir von personenbezogenen Einstellungen zur Bewertung der Regierungsarbeit über, fallen zunächst die erwartungskonformen Ergebnisse für die Stammwähler ins Auge (Tabelle 13). Bei allen untersuchten Wahlen beurteilen die Wiederwähler der jeweiligen Opposition die Arbeit der Regierung ausgesprochen kritisch, während die zweimaligen Regierungswähler die Regierungsleistung in einem positiven Licht wahrnehmen. Die Bewertungsdifferenzen zwischen beiden Gruppen sind in allen Fällen mindestens auf dem 95%-Niveau statistisch signifikant. Wechsler von der Regierung zur Opposition bewerten die Leistung der Regierung in der Regel schlecht und – in Westdeutschland – deutlich schlechter als bei der letzten Wahl.⁶ Das spiegelbildliche Muster ist kennzeichnend für die Wechsler in die umgekehrte Richtung. Soweit stützen die Befunde das Argument, die Stimmberechtigten machten ihr Votum von der Bewertung der Regierungsleistung abhängig.

Tabelle 13: Zufriedenheit mit der Bundesregierung^a nach Wählertypen

Typ	1998		2002		2005	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost
NW,WN,KA → NW,WN,KA	-0.24	-0.38	-0.21	-0.48	-0.34	-0.53
NW,WN,KA → Regierung	0.48	0.24	0.23	0.28	0.16	0.38
NW,WN,KA → Opposition	-0.56	-0.62	-0.27	-0.35	-0.43	-0.40
Regierung → NW,WN,KA	0.04	-0.34	-0.31	-0.21	0.24	0.09
Regierung → Regierung	0.42	0.37	0.32	0.24	0.35	0.28
Regierung → Opposition	-0.00	-0.29	-0.29	-0.23	-0.25	0.23
Opposition → NW,WN,KA	-0.27	-0.66	-0.39	-0.06	-0.12	-0.30
Opposition → Regierung	-0.26	0.34	0.31	0.20	0.34	-0.10

⁶ Die Veränderungsvariable ist nur für die Periode 2002-2005 tabellarisch ausgewiesen, da „Regierung“ 1998 und 2002 unterschiedliche Koalitionen bezeichnet und entsprechende Ergebnisse daher nicht sinnvoll interpretierbar sind.

Opposition → Opposition	-0.37	-0.38	-0.41	-0.33	-0.35	-0.29
Gesamt	-0.04	-0.17	-0.05	-0.05	-0.03	-0.04
N	423	170	448	166	436	188

Angaben: Gruppenmittelwerte ·^a Wertebereich: -1 (sehr unzufrieden) bis +1 (sehr zufrieden). Siehe zu den Wählertypen Tabelle 8.

Allerdings sind auch einige abweichende Befunde zu beobachten. Westdeutsche Wähler, die zwischen 1994 und 1998 von der Oppositions- auf die Regierungsseite wechselten, sahen die Arbeit der schwarz-gelben Regierung kritisch; dagegen schätzten Wechsler in die umgekehrte Richtung die Regierungsarbeit praktisch neutral ein. Ähnlich kontraintuitive Ergebnisse sind bei den ostdeutschen Wechslern zwischen Regierung und Opposition während der Legislaturperiode 2002-2005 zu erkennen. Denn anders als ihre westdeutschen Pendanten bewerteten Wechsler von der Regierung zur Opposition die Regierungsarbeit 2005 nicht negativ und auch nicht schlechter als drei Jahre vorher. Spiegelbildlich dazu beurteilten die ostdeutschen Wechsler in umgekehrter Richtung 2005 die rot-grüne Regierung weder positiv noch besser als 2002. Diese Befunde deuten darauf hin, dass bei diesen Personen die Bewertung der Regierungsleistung nicht den Ausschlag für die Wechselentscheidung gab.

Betrachten wir nach der retrospektiven Leistungsbewertung abschließend die Kompetenzzuschreibung an die politischen Parteien (Tabelle 14-16). Erwartungsgemäß schreiben Wiederwähler von Regierungs- und Oppositionsparteien diesen zu einem hohen Prozentsatz die Fähigkeit zu, das subjektiv wichtigste politische Problem zu lösen. Sehr deutlich ist dieses Muster bei den Stammwählern von Union und FDP über die drei Legislaturperioden hinweg zu erkennen: Mindestens die Hälfte der ostdeutschen Wiederwähler und mindestens drei Viertel der westdeutschen sahen Union oder FDP als kompetent an, das wichtigste Problem zu lösen. Praktisch spiegelbildliche Befunde sind für SPD und Grüne bis 2002 beobachten.⁷ Bei der Wahl 2005 hingegen erachteten jeweils rund 40 Prozent der westdeutschen Befragten, die sich 2002 und 2005 für SPD oder Grüne entschieden, diese beiden Parteien bzw. keine Partei als kompetent, das subjektiv wichtigste politische Problem zu lösen. In Ostdeutschland sind in dieser Kategorie die Personen, die keiner Partei die Lösung zutrauten, sogar etwas zahlreicher als diejenigen, die den Parteien der rot-grünen Koalition die entsprechende Kompetenz zuschrieben. Etliche Wähler von SPD und Grünen aus dem Jahr 2002 entschieden sich 2005 offenbar nicht wegen deren perzipierter Problemlösefähigkeit erneut für die rot-grüne Koalition.

Die Motivlage der Wechselwähler entspricht zum großen Teil unseren Erwartungen. Personen, die zwischen 1998 und 2002 oder zwischen 2002 und 2005 von

⁷ Die im Vergleich zu ihren westdeutschen Pendanten deutlich niedrigeren Werte bei den ostdeutschen Wiederwählern von Oppositionsparteien rühren wiederum vom großen Anteil von PDS-Wählern her.

der rot-grünen Koalition zu einer Oppositionspartei wechselten, schrieben SPD und Grünen in abnehmendem Maße und Union und FDP in zunehmendem Maße die Lösungskompetenz zu. Geradezu dramatisch sind die Verschiebungen zwischen 1998 und 2002: Unter den westdeutschen Befragten stieg der Anteil der Befragten, die Union und FDP als kompetent ansahen, um rund 50 Punkte, während der entsprechende Anteil für SPD und Grünen um knapp 70 Punkte absackte; für ostdeutsche Respondenten liegen die Verschiebungen bei +72 bzw. – 64 Punkten. Bei den Wechselwählern in die umgekehrte Richtung sind spiegelbildliche Verschiebungen zu beobachten, die jedoch weniger deutlich ausfallen. Insgesamt deuten die Befunde darauf hin, dass bei den Parteiwechslern sachfragenbezogene Impulse zur Wechselwahl vorlagen. Dies stützt die Vermutung, dass veränderte Kompetenzzuweisungen diese Wechselentscheidungen begünstigten.

Tabelle 14: Veränderung der Kompetenzzuweisung an SPD und B' 90/Grüne bzw. CDU/CSU und FDP^a nach Wählertypen

Typ	1998-2002				2002-2005			
	SPD, B' 90/ Grüne		CDU/CSU, FDP		SPD, B' 90/ Grüne		CDU/CSU, FDP	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
NW,WN,KA → NW, WN, KA	-6	-24	28	46	-12	-15	-14	8
NW,WN,KA → Regierung	9	10	-4	-17	27	0	-18	-10
NW,WN,KA → Opposition	-6	00	51	0	-26	0	0	-17
Regierung → NW,WN,KA	-21	-40	5	0	-14	-39	12	0
Regierung → Regierung	-21	-22	6	11	-28	-36	2	-9
Regierung → Opposition	-67	-64	49	72	-44	-38	24	14
Opposition → NW,WN,KA	-1	-6	42	-32	-17	-8	-8	-40
Opposition → Regierung	37	43	-42	-19	17	28	-31	-39
Opposition → Opposition	-3	-1	8	6	1	-4	0	7
Gesamt	-12	-10	5	10	-14	-19	2	-2
N	412	145	412	145	385	171	385	171

Angaben: Veränderung in Prozentpunkten ^a Wertebereich: -100 (sehr stark verschlechterte Bewertung) bis +100 (sehr stark verbesserte Bewertung). Siehe zu den Wählertypen Tabelle 8.

Die Verschiebungen waren jedoch nicht in jedem Fall so stark, dass die Wechsler am Ende der Legislaturperiode die nun gewählte Parteienformation durchweg als kompetenter als deren Widersacherin angesehen hätten. Recht klare Verhältnisse herrschten in dieser Hinsicht bei der Wahl 2002, als in Ost und West je rund 60 Prozent der Wechsler die nunmehr gewählte Parteienformation als lösungskompetent ansahen. In den übrigen Fällen sind die Befunde weit weniger eindeutig. Sie sprechen dafür, dass etliche Wähler zwischen 1994 und 1998 sowie zwischen 2002 und 2005 zu einer Partei wechselten, die sie nicht für die sachkompetenteste hiel-

ten. Dieser Befund erlaubt zweierlei Interpretationen. Für einige Wähler könnte die Sachkompetenz bei der Wechselentscheidung ohne Belang gewesen sein. Bei anderen mag sie eine Rolle gespielt haben, doch bedurfte es für den Parteiwechsel lediglich eines relativ schwachen sachfragenbezogenen Impulses und nicht einer Umkehr der sachfragenbezogenen Einstellungen.

Tabelle 15: Kompetenzzuweisung an SPD oder B' 90/Grüne^a nach Wählertypen

Typ	1998		2002		2005	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost
NW,WN,KA → NW,WN,KA	19.4	25.0	33.1	0.0	0.0	0.0
NW,WN,KA → Regierung	0.0	100	50.3	59.5	67.5	9.8
NW,WN,KA → Opposition	87.9	41.4	9.3	0.0	0.0	0.0
Regierung → NW,WN,KA	10.1	15.3	48.1	0.0	23.0	11.8
Regierung → Regierung	5.5	3.0	67.2	64.0	42.2	31.1
Regierung → Opposition	32.7	72.5	0.0	12.9	13.1	27.6
Opposition → NW,WN,KA	61.6	70.9	23.5	0.0	0.0	0.0
Opposition → Regierung	55.0	32.1	61.0	59.0	41.8	39.0
Opposition → Opposition	86.7	57.5	1.8	8.3	1.9	3.8
Gesamt	45.9	42.3	33.9	32.7	20.7	15.5
N	392	160	412	155	421	186

Angaben in Prozent; ^a Kompetenz, das wichtigste politische Problem zu lösen. Siehe zu den Wählertypen Tabelle 8.

Tabelle 16: Kompetenzzuweisung an Union oder FDP^a nach Wählertypen

Typ	1998		2002		2005	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost
NW,WN,KA → NW,WN,KA	13.2	7.3	28.5	55.3	20.8	15.2
NW,WN,KA → Regierung	91.7	0.0	21.0	0.0	6.3	24.5
NW,WN,KA → Opposition	0.0	0.0	60.8	28.2	62.1	56.7
Regierung → NW,WN,KA	26.1	36.4	23.4	24.2	18.6	14.7
Regierung → Regierung	76.9	67.5	9.9	13.3	10.0	6.0
Regierung → Opposition	44.5	12.8	66.1	73.9	45.7	18.3
Opposition → NW,WN,KA	4.4	29.1	64.6	11.4	57.8	30.2
Opposition → Regierung	18.1	55.3	3.1	16.1	15.7	14.3
Opposition → Opposition	2.6	1.2	82.7	51.6	79.8	64.1
Gesamt	33.5	23.3	42.8	32.0	43.5	31.1
N	392	160	412	155	421	186

Angaben in Prozent; ^a Kompetenz, das wichtigste politische Problem zu lösen. Siehe zu den Wählertypen Tabelle 8.

Anders als hinsichtlich der Kandidaten- und der Regierungsbewertung lässt sich im Hinblick auf die Kompetenzzuweisung ein für die Wechsler von Regierung oder Opposition in das Nichtwählerlager charakteristisches Muster erkennen. Die früher gewählten Parteien verloren in den Augen dieser Befragten an Lösungskompetenz, ohne dass die andere Seite an zugeschriebener Lösungskompetenz gewinnen konnte. Stattdessen griff vor allem die Wahrnehmung Platz, keine Partei sei zur Lösung des wichtigsten gesellschaftlichen Problems in der Lage. Im Einklang damit gab ein vergleichsweise großer Teil dieser Respondenten bei der jeweils zweiten Wahl keine Partei als lösungskompetent an (beides nicht tabellarisch ausgewiesen). Aus dieser Sicht scheint der Wechsel zur Nichtwahl daraus zu resultieren, dass die Zweifel an der Sachkompetenz der ehemals gewählten Parteien gewachsen sind, ohne dass sich eine kompetente alternative Option erkennen ließe. Allerdings entsprechen nicht alle Befunde diesem Argument. Zum Beispiel gaben relativ viele Wechsler von der Opposition zu den Nichtwählern 1998 sowie (in Westdeutschland) 2002 und 2005 an, die bisher gewählten Parteien seien sachkompetent, wie auch die Oppositionsparteien in dieser westdeutschen Gruppe in beiden Legislaturperioden praktisch keine Kompetenzeinbußen hinnehmen mussten.

5. Schluss

Im vorliegenden Beitrag haben wir auf der Grundlage von Daten aus einer dreiweligen Wiederholungsbefragung das individuelle Wahlverhalten bei den Bundestagswahlen 1994 bis 2005 untersucht. Diese in Deutschland neuartige Datenbasis ermöglichte es uns, die in der Wechselwahlforschung gängige Beschränkung auf zwei aufeinanderfolgende Wahlen zugunsten einer längerfristigen Betrachtung zu überwinden. So konnten wir zeigen, dass deutlich weniger Befragte bei allen vier Wahlen das gleiche Stimmverhalten an den Tag legten als bei jedem einzelnen Wahlpaar im Untersuchungszeitraum. Daraus lässt sich folgern, dass wer bei zwei Wahlen das gleiche gewählt hat, sich beim dritten Urnengang nicht unbedingt wieder genauso entscheidet. Das Elektorat besteht also nicht aus zwei monolithischen Blöcken vollkommen loyaler Parteiwähler einerseits und regelmäßiger Wechselwähler andererseits (siehe etwa Allum/Mannheimer 1985: 299), sondern es gibt daneben etliche Personen, die situationsabhängig stabil oder wechselnd wählen. Wenn man Konstanz und Wechsel im Wahlverhalten bei einem Wahlpaar betrachtet, kann man daher nur begrenzt Aussagen über das Ausmaß elektoraler Variabilität bei anderen Wahlen treffen. Daher sollte die Wechselwahlforschung künftig wesentlich häufiger mehrwellige Wiederholungsbefragungen einsetzen.

Im betrachteten Jahrzehnt herrschte in West- und, noch stärker, in Ost ein erhebliches Maß an elektoraler Variabilität (siehe dazu Schoen/Falter 2001; Schoen/Abold 2006; Rattinger 2007). Die klassischen, vollkommen parteitreuen

Stammwähler bilden in beiden Landesteilen eine Minderheit von einem Drittel im Westen und einem Fünftel im Osten. Selbst wenn man Stammwähler inklusiver definiert und diejenigen Personen hinzunimmt, die eine einzige Partei wählten, aber gelegentlich ihre Stimme nicht abgaben, stellen die Stammwähler nicht die Mehrheit der Befragten. Mindestens die Hälfte der Respondenten entschied sich bei den vier betrachteten Wahlen für mindestens zwei verschiedene Parteien, wobei in einigen Fällen die Nichtwahl als Durchgangsstation zwischen zwei Parteien diente. Es ist also von einer erheblichen Wechselbereitschaft und Wechselaktivität auszugehen, die überdies nicht auf wenige typische Muster konzentriert ist, sondern durchaus auch unorthodoxen Pfaden folgt. Grundsätzlich bestätigen unsere Analysen damit vorliegende Diagnosen weitverbreiteter kurz- und langfristiger elektoraler Variabilität in Deutschland (etwa Schoen 2005; Weßels 2007). Zugleich weisen sie aber darauf hin, dass das Ausmaß der Variabilität bislang designbedingt unterschätzt worden zu sein scheint.

In einem weiteren Schritt untersuchten wir ausgewählte Einstellungen zu politischen Themen und Politikern für verschiedene Wählertypen. Im Einklang mit der Annahme situationsspezifischen Wechselwahlverhaltens konnten wir bei Wechselwählern häufig relativ deutliche Einstellungsänderungen zugunsten der am Ende der jeweiligen Legislaturperiode gewählten Partei(enkoalition) nachweisen. In vielen Fällen waren die Einstellungsänderungen so stark, dass das schließlich gewählte Angebot der Konkurrenz auf verschiedenen Einstellungsdimensionen vorgezogen wurde. Allerdings konnten wir zu dieser Regel auch einige bemerkenswerte Ausnahmen feststellen. Sie deuten darauf hin, dass die jeweilige Einstellung(sänderung) für die Wechselentscheidung nicht ausschlaggebend war. Insgesamt stehen unsere Befunde in Einklang mit der Vorstellung, dass politische Einstellungen einen wesentlichen Beitrag zur Erklärung wechselnden Wahlverhaltens leisten (siehe etwa Key 1966; Butler/Stokes 1969; Gabriel 2000; Schoen/Falter 2001; Schoen 2003; Weßels 2007). Aus Platzgründen konnten wir hier freilich nicht untersuchen, welche attitudinalen Faktoren letztlich über Stabilität und Wechsel im Wahlverhalten entschieden. Diese und verwandte Fragen müssen künftigen Untersuchungen wechselnden Wahlverhaltens vorbehalten bleiben, für die bevorzugt auf Daten aus Wiederholungsbefragungen der hier vorgestellten Art zurückgegriffen werden sollte.

Literatur

- Allum, Percy und Renato Mannheimer, 1985: Italy, S. 287-318 in: *Crewe, Ivor und David Denver* (Hg.): *Electoral Change in Western Democracies. Patterns and Sources of Electoral Volatility*. London: Croom Helm.
- Bartels, Larry M., 1999: Panel Effects in the American National Election Studies, *Political Analysis* 8: 1-20.

- Butler, David* und *Donald E. Stokes*, 1974: *Political Change in Britain. The Evolution of Electoral Choice*. London: Macmillan.
- Campbell, Angus, Philip E. Converse, Warren E. Miller* und *Donald E. Stokes*, 1960: *The American Voter*. New York: Wiley.
- Crewe, Ivor*, 1985: Introduction: Electoral Change in Western Democracies: A Framework for Analysis, S. 1-22 in: *Ivor Crewe* und *David Denver* (Hg.): *Electoral Change in Western Democracies*. London: Croom Helm.
- Dittrich, Karl-Heinz*, 1991: Sozialstrukturelle Bestimmungsgründe der Wahlentscheidung, S. 129-162 in: *Hans-Joachim Veen* und *Elisabeth Noelle-Neumann* (Hg.): *Wählerverhalten im Wandel. Bestimmungsgründe und politisch-kulturelle Trends am Beispiel der Bundestagswahl 1987*. Paderborn: Ferdinand Schöningh.
- Falter, Jürgen W.* und *Harald Schoen*, 2000: Wechselwähler in Deutschland: Wählerelite oder politischer Flugsand?, S. 13-33 in: *Oskar Niedermayer* und *Bettina Westle* (Hg.), *Demokratie und Partizipation*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Faul, Erwin*, 1960: Soziologie der westdeutschen Wählerschaft, S. 135-315 in: *Dolf Sternberger, Friedrich Erbe, Peter Molt, Peter* und *Erwin Faul*: *Wahlen und Wähler in Westdeutschland*, Villingen: Ring-Verlag.
- Gabriel, Oscar W.*, 2000: „It's Time for a Change“ – Bestimmungsfaktoren des Wählerverhaltens bei der Bundestagswahl 1998. S. 333-392 in: *Fritz Plasser, Peter A. Ulram* und *Franz Sommer* (Hg.), *Das österreichische Wahlverhalten*. Wien: Signum.
- Groves, R.M., E. Singer* und *A.D. Corning*, 2000: Leverage-Saliency Theory of Survey Participation: Description and an Illustration, *Public Opinion Quarterly* 64: 299-308.
- Himmelweit, Hilde T., Patrick Humphreys, Patrick* und *Marianne Jaeger*, 1985: *How Voters Decide*, 2. Auflage. Milton Keynes: Open University Press.
- Kaase, Max*, 1967: *Wechsel von Parteipräferenzen*, Meisenheim am Glan: Anton Hain.
- Kellermann, Charlotte* und *Hans Rattinger*, 2005: „Round up the usual suspects“: Die Bedeutung klassischer Bestimmungsfaktoren der Wahlentscheidung bei den Bundestagswahlen 1994 bis 2002. S. 189-212 in: *Jürgen W. Falter, Oscar W. Gabriel* und *Bernhard Weßels* (Hg.), *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2002*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Key, Valdimer O.*, 1966: *The Responsible Electorate. Rationality in Presidential Voting 1936-1960*. New York: Vintage.
- Kort-Krieger, Ute*, 1994: *Wechselwähler. Verdrossene Parteien – Routinierte Demokraten*. Pfaffenweiler: Centaurus.
- Miller, Warren E.* und *J. Merrill Shanks*, 1996: *The New American Voter*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Neller, Katja* und *S. Isabell Thaidigsmann*, 2004: Wer wählt die PDS? Ein Vergleich von Stamm- und Wechselwählern bei den Bundestagswahlen 1994-2002, S. 185-218 in: *Frank Brettschneider, Jan van Deth* und *Edeltraud Roller* (Hg.), *Die Bundestagswahl 2002. Analysen der Wahlergebnisse und des Wahlkampfes*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Neller, Katja* und *S. Isabell Thaidigsmann*, 2007: Gelungene Identitätserweiterung durch Namensänderung? „Treue“ Wähler, Zu- und Abwanderer der Linkspartei bei der Bundestagswahl 2005, S. 421-453 S. 395-419 in: *Frank Brettschneider, Oskar Niedermayer* und *Bernhard Weßels* (Hg.), *Die Bundestagswahl 2005. Analysen des Wahlkampfes und der Wahlergebnisse*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Price, Vincent* und *John Zaller*, 1993: Who Gets the News? Alternative Measures of News Reception and Their Implications for Research, *Public Opinion Quarterly* 57:133-164.

- Rattinger, Hans*, 2007: Wechselwähler 1990 bis 2002, S. 37-65 in: *Hans Rattinger, Oscar W. Gabriel und Jürgen W. Falter* (Hg.), *Der gesamtdeutsche Wähler. Stabilität und Wandel des Wählerverhaltens im wiedervereinigten Deutschland*, Baden-Baden: Nomos.
- Särilvik, Bo und Ivor Crewe*, 1983: *Decade of Dealignment*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Schoen, Harald*, 2003: *Wählerwandel und Wechselwahl. Eine vergleichende Untersuchung*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Schoen, Harald*, 2005: Wechselwahl. S. 367-387 in: *Jürgen W. Falter und Harald Schoen* (Hg.), *Handbuch Wahlforschung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schoen, Harald und Roland Abold*, 2006: Zwei Wählerschaften in einem Land? Wahlverhalten im vereinigten Deutschland. S. 128-157 in: *Jürgen W. Falter, Oscar W. Gabriel, Hans Rattinger und Harald Schoen* (Hg.), *Sind wir ein Volk? Ost- und Westdeutschland im Vergleich*. München: C.H.Beck.
- Schoen, Harald und Jürgen W. Falter*, 2001: It's time for a change! - Wechselwähler bei der Bundestagswahl 1998, S. 57-89 in: *Hans-Dieter Klingemann und Max Kaase* (Hg.), *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1998*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Schoen, Harald und Jürgen W. Falter*, 2003: Wandel der Entscheidungskriterien im Wahljahr? Eine Priming-Analyse zu den Bundestagswahlen 1994, 1998 und 2002, S. 181-203 in: *Andreas M. Wüst* (Hg.), *Politbarometer*. Opladen: Leske und Budrich.
- Sobol, Marion Gross*, 1959: Panel Mortality and Panel Bias, *Journal of the American Statistical Association* 54 (285): 52-68.
- Stöss, Richard*, 1997: *Stabilität im Umbruch*, Opladen: Westdeutscher Verlag.
- van der Eijk, Cornelis und Broer Niemöller*, 1983: *Electoral change in the Netherlands. Empirical results and methods of measurement*, Amsterdam: CT-Press.
- Waldahl, Ragnar und Bernt Olav Aardal*, 1982: Can We Trust Recall-Data?, *Scandinavian Political Studies* 5: 101-116.
- Waldahl, Ragnar und Bernt Olav Aardal*, 2000: The Accuracy of Recalled Previous Voting: Evidence from Norwegian Election Study Panels, *Scandinavian Political Studies* 23: 373-389.
- Weßels, Bernhard*, 2007: Re-Mobilisierung, "Floating" oder Abwanderung? Wechselwähler 2002 und 2005 im Vergleich, S. 395-419 in: *Frank Brettschneider, Oskar Niedermayer und Bernhard Weßels* (Hg.), *Die Bundestagswahl 2005. Analysen des Wahlkampfes und der Wahlergebnisse*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Zelle, Carsten*, 1995: *Der Wechselwähler. Politische und soziale Erklärungsansätze des Wählerwandels in Deutschland und den USA*. Opladen: Westdeutscher Verlag.